

Antrag

der Fraktion der CDU

Schulwegsicherheit untersuchen und "Verkehrsfreie Zone" auf dem Oberkrüchtener Weg zwischen der Realschule und dem künftigen Standort der Katholischen Grundschule Niederkrüchten einrichten

I. Vorbemerkung:

Anfang Dezember 2018 kam es vor dem Unterrichtsbeginn an einer Mönchengladbacher Grundschule zu einem tragischen Unfall. Eine Autofahrerin erfasste beim Ausparken ein acht Jahre altes Mädchen. Das Kind wurde schwer verletzt und starb kurze Zeit später in einer Klinik. Unabhängig von der Ermittlung des Unfallhergangs warnte die Polizei in Mönchengladbach davor, dass Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen. Sie wies darauf hin, dass das Phänomen "Eltern-Taxi" vor vielen Schulen im Land jeden Morgen für Staus sowie für unübersichtliche und damit gefährliche Situationen sorgt.

Wegen der Gefahren haben viele Städte und Gemeinden die Situation an Schulen untersucht und Optimierungen vorgenommen.

Da die Katholische Grundschule Niederkrüchten im nächsten Jahr in das Gebäude der ehemaligen Hauptschule umgesiedelt wird, sollte geprüft werden, wie der Schulweg für die Schulkinder sicherer gemacht werden kann. Insbesondere sollte geprüft werden, ob es möglich ist, den Kfz-Verkehr zwischen der Realschule und dem künftigen Standort der Grundschule ganz zu unterbinden.

Die Schulen sind über die Straße Am Schulzentrum ausreichend an den Straßenverkehr angebunden und es stehen an der Begegnungsstätte genügend ortsnahe Parkplätze für das an den Schulen tätige Personal zur Verfügung.

II. Der Rat der Gemeinde Niederkrüchten beschließt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Zusammenhang mit der Umsiedlung der Katholischen Grundschule Niederkrüchten in das Gebäude der ehemaligen Hauptschule die Schulwegsicherheit zu untersuchen. Ein möglicher Gefahrenpunkt ist der Bereich zwischen der Realschule und dem künftigen Standort der Grundschule. Gemeinsam mit der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Viersen soll geprüft werden, ob als Verbesserung dort eine "Verkehrsfreie Zone" eingerichtet werden kann.

Johannes Wahlenberg

und die Fraktion der CDU